

Die Schweiz muss in Europäische Bildungsprogramme einbezogen werden

Veröffentlichungsdatum: 16-12-2010



Das Europäische Parlament hat sich heute mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die Schweiz in das Programm "Jugend in Aktion" (2007-2013) und in das Aktionsprogramm für "lebenslanges Lernen" (2007-2013) einzubeziehen.

"Die Beschlüsse beider Programme aus dem Jahr 2006 sahen die Beteiligung der Schweiz bereits vor. Obwohl die Schweiz nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehört, sollte Bildung nicht an Landesgrenzen Halt machen - dies gilt umso mehr, wenn man die geographische Lage der Schweiz in Europa berücksichtigt", erklärt die Berichterstatterin und Vorsitzende des Kulturausschusses, Doris Pack. Für Projekte und Initiativen, die aus der Schweiz vorgelegt werden, sollen dieselben Bedingungen und Regeln gelten wie für Projekte, die aus den Mitgliedstaaten eingereicht werden. Außerdem will die Schweiz eine Nationalagentur einsetzen, die sich um die Durchführung der Programme auf nationaler Ebene kümmern soll.

"Die Schweiz profitiert von den Programmen wie die Mitgliedstaaten, muss aber wie diese auch ihren finanziellen Beitrag leisten: dieser beläuft sich im nächsten Jahr für "Jugend in Aktion" auf 1,7 Millionen Euro und für das Programm im Bereich des "lebenslangen Lernens" auf 14,2 Millionen Euro", so Pack. "Jugend in Aktion" hat zum Ziel, Jugendliche stärker an der Gestaltung der Zukunft der Union einzubeziehen und ihre Mobilität innerhalb der EU zu unterstützen sowie ihren Sinn für Solidarität und demokratisches Engagement zu stärken.

Das "Programm für lebenslanges Lernen" will den EU-Bürgern Chancen durch neue Lernmöglichkeiten eröffnen und umfasst dabei sowohl allgemeine als auch berufliche Bildung in allen Altersstufen.